Wasserverbandstag e.V.
Bremen | Niedersachsen | Sachsen-Anhalt

Nährstoffsituation aus Sicht der Verbände

22. Mai 2014
Hannover

2. Symposium Nährstoffmanagement und Grundwasserschutz

Godehard Hennies
Geschäftsführer des Wasserverbandstag e.V.

Gliederung

Wasserverbandstag e.V.
Bremen | Niedersachsen | Sachsen-Anhalt

- Noch keine Verbesserung im Grundwasser
- Ziele
- Instrumente
- Forderungen

Belastetes Trinkwasser Deutschlands Bauern düngen noch immer, was die Ställe hergeben. Inzwischen kommen selbst Gär-Reste aus Biogas-Anlagen auf die Felder. Das hat in manchen Regionen katastrophale Folgen. Bereits in einem Viertel der Trinkwasser-Reservoirs ist die Nitratbelastung deutlich höher als erlaubt. Doch eine Verschärfung der Vorschriften wusste die Landwirtschaftslobby bisher zu verhindern

Eine schlechte Bilanz

Es stinkt zum Himmel

Zu viel Nitrat im Trinkwasser kann schlimme Folgen haben: Säuglinge leiden an Sauerstoffmangel, bei Erwachsenen könnte Krebs entstehen. Trotz dieser Gefahren nimmt die Belastung des Grundwassers mit dem Schadstoff enorm zu

München trinkt

Nitratbelastung des Grundwassers

AUSSENANSICHT

Speichern verboten

Das jüngste Urteil des Europäischen Gerichtshofs zeigt: Beim Datenschutz geht die EU voran *Von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger*

Grafschafter Nachrichten vom Montag, den 17. Februar 2014

Wo bleibt der Gülle-Erlass?

Wasserverbände, Kammer und Kreise beklagen ineffektive Kontrollen

Der Druck auf die Landesregierung wächst, die Kontrollmöglichkeiten beim Thema Gülle zu verbessern. Landkreise, Wasserverbände und auch die niedersächsische Landwirtschaftskammer sprechen sich dafür aus, schnellstmöglich datenschutzrechtliche Probleme zu beseitigen.

Von Dirk Fisser

HANNOVER. Im Kern steht die Frage, was der Bauer mit der Gülle oder der Betreiber der Biogasanlage mit den Gärresten macht. So genau weiß das in Niedersachsen niemand. Effektive Kontrollmöglichkeiten fehlen, wie Landwirtschaftskammer und Landkreise übereinstimmend bemängeln. Das wiederum ärgert den Wasserverbandstag als Zusammenschluss der Wasserbände. Er sorgt sich um das Grundwasser.

Verbandschef Godehard Hennies weiß ganz genau, was helfen könnte: der Erlass, an dem seit Monaten in Hannover gearbeitet wird. Er soll die Zusammenarbeit zwischen Behörden erleichtern. „Bitte her damit, und zwar schnellstmöglich", sagt Hennies. Der Abstimmungsprozess in der Landeshauptstadt dauert ihm deutlich zu lange. Und nicht nur ihm.

Bereits vor Monaten hatten sich Landkreise aus Westniedersachsen an Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) gewandt und zur Eile gedrängt. Aus dem Agrarministerium hieß es damals, es werde mit Hochdruck daran gearbeitet. Doch passiert ist seitdem nichts.

Mittlerweile liegt der Erlass-Entwurf seit gut einem Jahr in Hannover – und Landkreise und Landwirtschaftskammer ärgern sich weiter. Worüber? Dass sie ihre Daten nicht austauschen dürfen. Als Baubehörden wissen die Kreise auf Basis der erteilten Baugenehmigungen, wie viel Gülle und Gärreste maximal anfallen dürfen und wohin Überschüsse verbracht werden sollten. Die Kammer als Düngebehörde wiederum hat den Überblick, wie viel tatsächlich anfällt.

Könnten beide nun ihre Daten übereinanderlegen, ergeben sich möglicherweise Verdachtsmomente für Kontrollen. Genau das verhindert aber bislang der Datenschutz.

Kammerpräsident Arendt Meyer zu Wehdel sagt: „Wir müssen für effektive Kontrollen wissen: Wie viel entsteht im Stall oder in der Anlage, und wo bleibt es dann letztendlich?" Das sei zurzeit aber nicht der Fall. Und so umschreibt der Kammerpräsident die Situation wie folgt: „Spielregeln müssen eingehalten werden. Aber wer macht das schon, wenn keiner da ist, der sie kontrolliert?"

Kammerpräsident Arendt Meyer zu Wehdel. Foto: Kammer

Hennies vom Wasserverbandstag verweist darauf, dass 60 Prozent des Grundwassers im Land in einem schlechten Zustand seien. Eine Mitschuld trage die intensive Landwirtschaft. Was zu viel an Gülle oder Gärresten auf die Felder aufgetragen werde, lande mit irgendwann im Wasser. „Da muss man gegensteuern, wenn wir nicht unser Wasser aus Tanks beziehen wollen", sagt Hennies.

Besonders von dem Problem betroffen ist die Region Weser-Ems, in der laut Nährstoffbericht 65 000 Hektar zur umweltverträglichen Verbringung von Gülle und Gärresten fehlen. Die Überschüsse müssten streng genommen in unterversorgte Regionen exportiert werden.

Wie das zu bewerkstelligen ist, versuchen die im „Agrar- und Ernährungsforum Oldenburger Münsterland" zusammengeschlossenen Unternehmen zu erforschen. Verbandsvorsitzender ist der frühere Landwirtschaftsminister Uwe Bartels (SPD). Er spricht von einem Markt der Zukunft. Das Wissen sei künftig weltweit gefragt. Künftig. Noch sei die Nachfrage zumindest in Niedersachsen eher verhalten. „Weil der Druck noch nicht da ist. Der kommt aber erst, wenn die notwendigen Erlasse in Kraft gesetzt sind", sagt Bartels.

KOMMENTAR

Unter Verdacht

Von Dirk Fisser

Es macht fassungslos, dass ausgerechnet im Agrarland Nummer eins bisher keine effektiven Kontrollen bei Verstößen in Sachen Gülle und Gärreste möglich sind. Dabei läuft seit Jahren die Debatte um die Verschmutzung des Grundwassers. Auf den Missstand weisen nicht etwa Umweltschützer hin, sondern die Kontrolleure selbst. Sie sehen sich in ihrer Arbeit behindert, weil sie keinen Soll-Ist-Vergleich anstellen können.

Es verwundert, dass sich ausgerechnet der Agrarwende-Minister Christian Meyer (Grüne) in diesem Punkt ausbremsen lässt. Es ist nur schwer verständlich, dass es ein Jahr dauert, den Sicherheitsgedanken mit dem Datenschutz in Einklang zu bringen.

So oder so werden die Bauern stöhnen über noch mehr Bürokratie. Aber eines muss klar sein: Die ganze Branche – besonders im Raum Weser-Ems – arbeitet derzeit unter dem Generalverdacht, Böden und Grundwasser zu verseuchen. Wer sich gegen falsche Beschuldigungen zur Wehr setzen will, muss diese entkräften können. Und wie ginge das besser als mit der amtlichen Bestätigung, sauber zu arbeiten?

Wer das nicht macht, dessen folgenreiches Handeln muss sanktioniert werden. Im Zweifelsfall durch Stilllegung des Stalls oder der Biogasanlage. Schlimm genug, dass die schwarzen Schafe so lange unbemerkt davongekommen sind.

autor@gn-online.de

Grafschafter Nachrichten vom Montag, den 14. Okt. 2013

Gülle-Brandbrief an Minister Meyer

Landkreise fordern Import-Verbot – Regierung soll systematische Überwachung ermöglichen

Gülle: Wenn's mal wieder stinkt

KOMMENTAR

Raubbau auf Raten

Grafschafter Nachrichten vom Mittwoch, den 5. März 2014

Wohin mit Mist und Gülle?

Landvolk sieht sich mit Börse bestätigt – Vorschlag für ein landesweites Modell

Nährstoffbörse

Bremer Nachrichten vom 13.03.2014

Bremer Nachrichten

Autor: Georg Jauken
Seite: BTAG/NOW/LOKAL/01
Ressort: Lemwerder / Berne / Wesermarsch
Ausgabe: Bremer Nachrichten | Gesamtausgabe
Gattung: Tageszeitung

Schutz des Grundwassers

OOWV kooperiert mit Landwirten

Brake (gj). Der Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverband (OOWV) hat seit den 90er-Jahren für rund 50 Millionen Euro Flächen zur Verbesserung des Grundwasserschutzes angekauft. Wie der OOWV-Geologe Egon Harms berichtete, wurden auf einem Teil der Flächen Wälder angelegt. Ein Großteil sei unter strengen Auflagen an Landwirte verpachtet worden. „Die Kooperation mit den Landwirten hat große Erfolge im Bereich des Grundwasserschutzes erbracht“, sagte Harms. „Dieses Miteinander muss in Zukunft durch ein Nachjustieren des Rechtsrahmens für die ordnungsgemäße Düngung unterstützt werden.“

Harms äußerte sich in Oldenburg anlässlich einer Veranstaltung zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, die als Basis für einen umfassenden Gewässerschutz in Europa dient. Als weitere Möglichkeiten zum Schutz des Wassers wurden unter anderem freiwillige Vereinbarungen in Wasserschutzgebieten genannt, wonach beispielsweise Landwirte honoriert werden, sofern sie nach der Ernte geringe Restnitratgehalte nachweisen. Wesentliche Beiträge zum Wasserschutz könnten außerdem die Reduzierung der Stickstoffdüngung vor allem beim Mais sowie die Gestaltung der Fruchtfolge (Zwischenfruchtanbau) leisten, hieß es weiter.

Wörter: 151

© PMG Presse-Monitor GmbH 13.03.2014 1 / 1

Ostfriesischer Kurier

Unabhängige und überparteiliche Tageszeitung für den Landkreis Aurich

143. JAHRGANG / NUMMER 7 DONNERSTAG, 9. JANUAR 2014 1,20 EURO / H 5512

Belastetes Grundwasser alarmiert Abgeordnete

UMWELT SPD und Grüne drängen auf effektives Düngemanagement – Probleme durch Biogas

VON GUNARS REICHENBACHS, BÜRO HANNOVER

HANNOVER – Die SPD-Landtagsfraktion drängt auf eine wirksame Kontrolle und Begrenzung beim Einsatz von Dünger auf Landwirtschaftsflächen in Niedersachsen. „Die Situation im Hinblick auf das Grundwasser ist besorg niserregend", erklärte SPD-Agrarexperte Wiard Siebels (Aurich) nach einer Anhörung im Agrarausschuss des Landtags. „Wir müssen das Grundwasser durch ein wirksames und möglichst unbürokratisches Düngemanagement schützen", betont Siebels. Messungen hatten eine „erhebliche Nitrat- und Phosphatbelastung festgestellt". 60 Prozent des Grundwassers in Niedersachsen gelten als gefährdet, schätzt das Landwirtschaftsministerium.

In vielen Regionen hat es seit 2006 einen massiven Zubau von Biogasanlagen gegeben, vor allem in Regionen mit intensiver Tierhaltung. Das wirkt sich auf die Gülle mengen aus und wird zu einem Problem für das Grundwasser. Denn wenn zu viel Gülle und Gärreste auf die Felder kommt, gelangt Nitrat ins Grundwasser. Das hochlösliche Salz kann sich im menschlichen Körper zu Nitrosaminen umwandeln. Die stehen im Verdacht, Krebs zu verursachen.

„Es fehlen kreisen rech sende von H chennachwe verbringung sind", betont Gemeinsa nen will die schließungsa gen, der ein management

Grafschafter Nachrichten vom Donnerstag, den 24. Oktober 2013

65 000 Hektar für Gülle fehlen

Enorme Dünger-Überschüsse in Teilen von Weser-Ems – Erstmals Nährstoffbericht

Von Hans Brückmann

HANNOVER. In den Landkreisen Emsland, Osnabrück, Cloppenburg und Vechta fehlen 65 000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche, um hier anfallende Gülle und anderen Wirtschaftsdünger umweltverträglich unterzubringen. Diese Zahl nannte Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) bei der Vorstellung des bundesweit ersten Nährstoffberichts in Hannover. In dieser Untersuchung wird aufgelistet, wo im Zeitraum von Mitte 2012 bis Mitte 2013 in Niedersachsen wie viel Gülle, Mist und Gärreste erzeugt und ausgebracht werden sind.

Grundlage dafür bildete eine neu eingeführte Meldepflicht für Wirtschaftsdünger. Laut Meyer haben sich

KOMMENTAR

Überquellend

Von Hans Brückmann

Revolutionär Neues hat der jetzt vorgelegte erste Nährstoffbericht für Niedersachsen nicht zutage gefördert. Aber die Diskussion um die Erzeugung und den Verbleib von Gülle und Gärresten dürfte er wohl weiter anheizen.

Die erste Bilanz nach Einführung der Meldepflicht für derartigen Wirtschaftsdünger belegt auf einer verbreiterten Datenbasis, dass in Teilen von Weser-Ems das Nährstoff-Aufkommen überquillt und zu einer ernsthaften Bedrohung von Böden und Grundwasser führt. Dem Einhalt zu gebieten ist unerlässlich.

Wie dies jedoch geschehen soll, bleibt strittig. Das Landvolk betrachtet offenbar den mittlerweile schwungvollen Handel mit Gülle und den Export in entfernte Gebiete als sowohl marktwirtschaftliche wie ökologisch sinnvolle Lösung.

Landwirtschaftsminister Christian Meyer sieht diesen Düngtourismus dagegen skeptisch, zumal damit die in Bedrängnis geratenen Massentierhalter stabil siert werden könnten. Der Grüne will lieber den Produzenten weitere Daumenschrauben anlegen – beispielsweise mit einem lückenlosen Gülle kataster.

Dabei gibt es durchaus auch Handlungsmöglichk ten zwischen diesen Pole Wenn man der Landkreis im Westen Niedersachse folgt, lässt sich das Verw tungshandeln auf diesen Feld durch relativ unspe kuläre Maßnahmen so ve bessern, dass Probleme entschärft werden könn Hier sollte es kurzfristig Verständigung geben.

autor@gn-online.de

nisters fielen in dem einen Jahr in Niedersachsen 38,7 Millionen Tonnen Gülle, 8,1 Millionen Tonnen Festmist und 9,9 Millionen Tonnen Gärreste an.

verzeichne man vor allem in den tierintensiven Regionen in Weser-Ems enorme Überschüsse. Hier bestehe dringender Handlungsbedarf, um einer weiteren Überpar zellenscharfe Erfassung des Düngerverbleibs durch ein Gülle kataster sowie ein verbessertes Wirtschaftsdünger-Management.

Dem Minister zufolge feh Emsland 8093 und im Osnabrück 1580 Hektar bei Stickstoff sei die Linie' in Cloppenburg und Vechta bereits überschritten. Der Landvolkverband sprach

Welt am Sonntag vom 11.05.2014

WELT am SON

Autor: Silvia von der Weiden
Seite: 68 bis 68
Ressort: WISSENSCHAFT
Rubrik: Wissenschaft
Seitentitel: WSBE-VP2

Ausgabe: Mantel
Gattung: Sonntagszeitung
Jahrgang: 2014
Nummer: 19
Reichweite: 0,97 (in Mio.)

Gefährliche Gülle

Gärreste aus Biogasanlagen werden gern als Dünger auf Äckern und Feldern verwendet – ein idealer Nährboden für bedrohliche Krankheitskeime

Wörter: 874
Urheberinformation: (c) Axel Springer SE

© PMG Presse-Monitor GmbH 12.05.2014

Grafschafter Nachrichten vom Mittwoch den 09. April 2014

Will: Düngekataster reicht für Grundwasserschutz nicht aus

Datenschutz bremst Erfahrungsaustausch

gr NORDHORN. „Der Schutz des Grundwassers für die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung im Landkreis und hier insbesondere in der Niedergrafschaft ist und bleibt für die SPD-Kreistagsfraktion ein Schwerpunktthema." Das bekräftigte kürzlich in einer Pressemitteilung der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Kreistag, Gerd Will. Um die Belastung des Grundwassers zu verringern beziehungsweise eine Trendumkehr herbeizuführen, reichten auch nach Ansicht von Fachleuten die bisherigen und vielfach in Kooperation mit der Landwirtschaft getroffenen Vorkehrungen nicht aus. Weiterführende Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene seien unbedingt erforderlich.

Gerd Will ergänzte: „Die SPD-Fraktion begrüßt es außerordentlich, dass auch die Kreisverwaltung das Thema sehr ernst nimmt und es mehrfach zu Tagesordnungspunkten in den Sitzungen des Planungs- und Umweltausschusses gemacht hat." In den Diskussionen habe sich dabei herausgestellt, dass die seit Jahren bestehenden Datenschutzprobleme beim Abgleich der erforderlichen Ergebnisse zwischen den Genehmigungsbehörden und der Landwirtschaftskammer Niedersachsen ein Kernproblem darstellen.

SPD und Grüne fordern ein Düngemanagement für die Grafschaft

„Wenn eine bessere Kontrolle ermöglicht werden soll, ist es unabdingbar, die Genehmigungsbehörden in die Lage zu versetzen, durch einen besseren Informationsfluss über die Nährstoffmengen und deren Verbleib diesem Anspruch zu genügen. Datenschutzrechtliche Gründe, die derzeit aufgeführt werden, dürfen dem nicht entgegenstehen", stellte auch ein Vertreter der Kreisverwaltung fest.

Um eine Lösung dieser Problematik herbeizuführen, haben die Regierungsfraktionen, SPD-Bündnis 90/Die Grünen, am 22. Oktober vergangenen Jahres einen Entschließungsantrag „Grundwasser und Böden schützen – ein wirksames Düngemanagement in Niedersachsen einführen" in den niedersächsischen Landtag eingebracht. „Die Einführung dieses zentralen niedersächsischen Düngekatasters reicht zur Sicherstellung einer guten Qualität des Grund- und Oberflächenwassers allein jedoch nicht aus", meint die SPD-Kreistagsfraktion. Sie verweist in diesem Zusammenhang auch auf den Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung: Dieser habe schon im August 2013 deutlich gemacht, dass das geltende Düngerecht auf Bundesebene (Düngegesetz, Düngeverordnung) dringend geändert werden müsse.

-Anzeige-
www.malermeister-bült.de

Wo geht die Gülle hin, welche Mengen werden ausgebracht? Im Düngekataster werden diese Angaben gespeichert. Foto: dpa

Grafschafter Nachrichten vom Freitag, den 21. Februar 2014

Hohe Nitratwerte bleiben Problem

Zu viel Nährstoffe sickern ins Trinkwasser – und setzen die Wasserwerke unter Druck

Im Bundestagswahlkampf 2013 war es ein dankbares Thema: Die Überdüngung der Landschaft führt zu hohen Nitratbelastungen im Trinkwasser, die in der Niedergrafschaft stellenweise den zulässigen Grenzwert überschreiten. Doch jetzt spricht kaum noch jemand darüber.

Keine Nitratprobleme gibt es in der Obergrafschaft, wo der TAV 2013 in Ahlde neue Brunnen spülen ließ. Foto: Dennemann

Trinkwasser darf nicht zu viel Nitrat enthalten, doch die Einhaltung der Grenzwerte bereitet vielen Wasserwerken Kopfzerbrechen. Foto: dpa

Die Überdüngung der Böden durch Gülle ist eine Ursache für die Nitratprobleme im Grundwasser. Foto: K.Ernst

rm NORDHORN. „Für uns kein Thema", heißt es bei den Nordhorner Versorgungsbetrieben. Ihre Grundwasserbrunnen in Hesepe und Klausheide weisen Nitratbelastungen von nur zwei bis drei Milligramm pro Liter auf – und sind damit weit entfernt vom gesetzlich zulässigen Grenzwert von 50 Milligramm pro Liter. Die Nordhorner sind gut dran. Die NVB hatten schon vor Jahrzehnten begonnen, Flächen im Umfeld ihrer Brunnenfelder aufzukaufen und nur an solche Pächter zu verpachten, die bei der Bewirtschaftung strenge Auflagen einhalten. Zudem liegt ein Teil ihrer Wassergewinnungsgebiete außerhalb landwirtschaftlich genutzter Gebiete.

Aber in anderen Regionen sieht die Lage ganz anders aus. Noch wenig Anlass zur Sorge haben die Obergrafschafter. Der dortige Trink- und Abwasserverband (TAV) weist Nitratbelastungen von 12,20 Milligramm pro Liter (Wasserwerk Hagelshoek) und von 16,40 Milligramm (Wasserwerk Ahlde) aus.

Zunehmend Kopfzerbrechen bereitet die steigende Nitratbelastung hingegen dem Wasser- und Abwasser-Zweckverband Niedergrafschaft (WAZ). Vor allem im Brunnenfeld des Wasserwerks Getelo erreichen die Werte bedrohliche Größenordnungen. Aus drei Brunnen wird inzwischen Rohwasser gefördert, dessen Nitratwerte deutlich über dem gesetzlichen Grenzwert von 50 Milligramm liegen. Es kann nur zu Trinkwasser aufbereitet werden, indem mit weniger belastetem Rohwasser aus anderen Brunnen gemischt wird.

„Wir haben 2009 fünf neue Brunnen dazubekommen. In denen ist die Belastung noch nicht so hoch", sagt Geschäftsführer Johann Hans. So kann der WAZ stets Trinkwasser abgeben, das Nitratwerte deutlich unterhalb der Grenzwerte aufweist.

Aber man müsse für die Zukunft planen. Denn „Grundwasser hat ein langes Gedächtnis". Selbst wenn heute deutlich weniger Nährstoffe auf den Boden aufgetragen werden, dauert es sehr lange, bis die „Entlastung" im Trinkwasser ankommt. „Der Hinweis, dass in Oberflächennähe Belastungswerte sinken, nutzt mir allein gar nichts", sagt der Trinkwasserfachmann. Schließlich seien auch in der Niedergrafschaft in oberflächennahen Schichten schon Rohwasserbelastungen von 300 Milligramm pro Liter gemessen worden. Wenn jetzt bei 140 statt 180 Milligramm ein „fallender Trend" festgestellt werde, sei das eben immer noch viel zu hoch.

Natürlich wird auch in der Niedergrafschaft alles versucht, um die Nitrateinträge zu reduzieren – übrigens mit Unterstützung der Landwirtschaft. „Wir kooperieren mit der Landwirtschaft", sagt Hans. Das Problem müsse „mit, nicht gegen die Landwirtschaft" gelöst werden. Doch damit allein sind die Schwierigkeiten nicht in den Griff zu bekommen.

Das Nitratproblem ist kein regionales, sondern ein bundesweites Thema. Seine Größenordnung wird deutlich, wenn man sieht, dass die EU Deutschland mit einem Klageverfahren wegen Nichteinhaltung der EU-Nitratrichtlinie droht. Denn im EU-Vergleich steht Deutschland in Sachen nitratbelastetes Wasser schlecht da. Von allen 27 EU-Staaten sei die Nitratbelastung des Wassers, so die EU, nur in Malta noch höher als in Deutschland.

Um das Thema voranzubringen, war von der Landesregierung Mitte 2013 groß ein deutsch-niederländischer „Güllegipfel" in Nordhorn angekündigt worden. Zustande kam er nie. Stattdessen gibt es Fachgespräche.

Längst ist klar: Die Überdüngung hat viele Verursacher. Im ersten „Nährstoffbericht" der Landesregierung ist nachzulesen, dass jährlich rund 15 Millionen Tonnen Nährstoffe aus tierischer Gülle, aber auch Klärschlamm, Biomasse und anderen Quellen auf die Böden gelangt. Dabei entsteht ein gewaltiger „Nährstoffüberschuss". Um ihn in umweltverträglichen Dosen aufzubringen fehlen mindestens 65000 Hektar Fläche, manche Experten beziffern das Flächendefizit sogar auf 260000 Hektar. Wie dieses Problem gelöst werden kann, ist völlig offen.

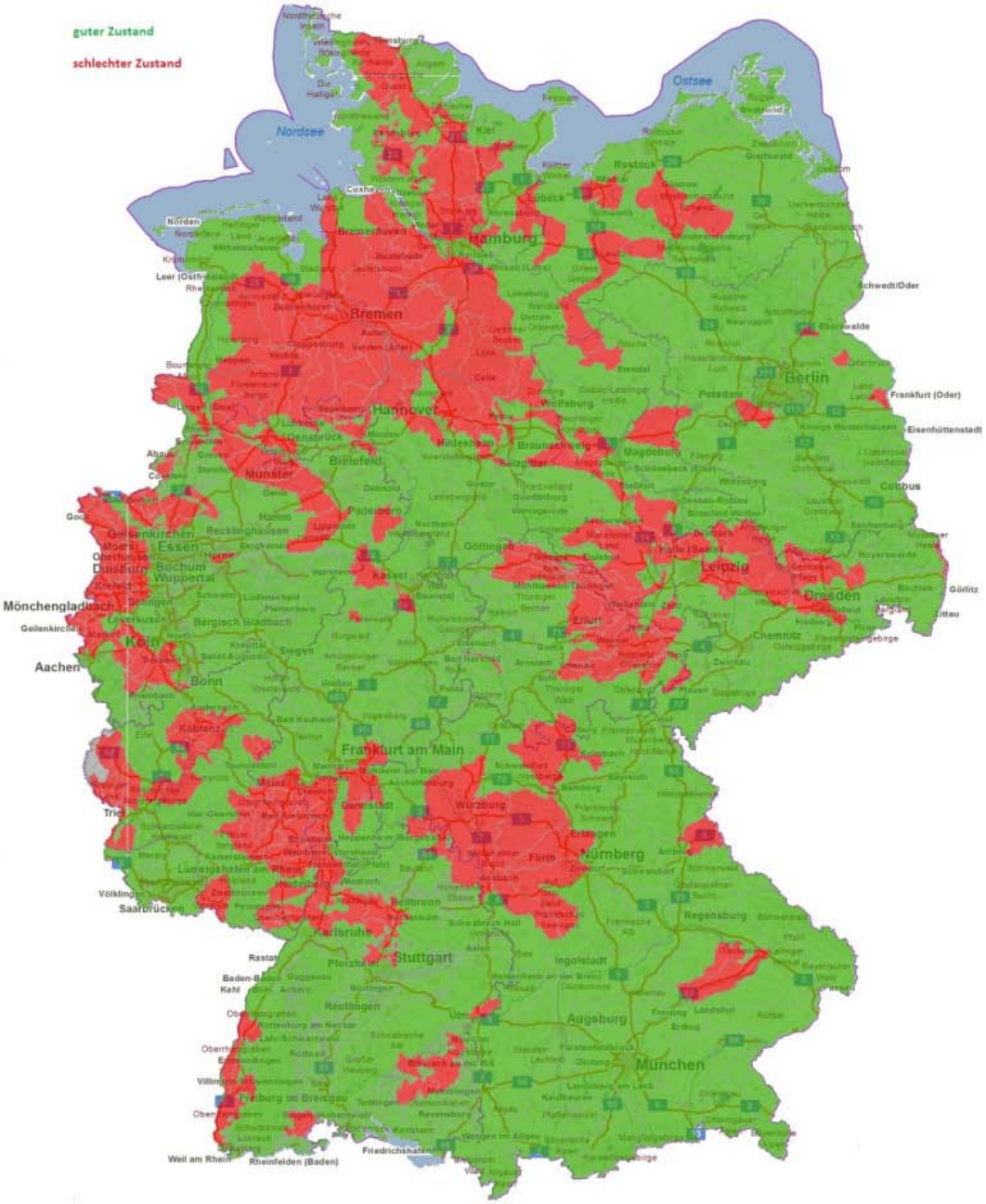
Im Bundestagswahlkampf bot das Thema Nitratbelastung den Kandidaten der Parteien willkommene Themen für Podiumsdiskussionen und Ortsbesichtigungen. Doch nach der Wahl ist es ruhig geworden um die steigenden Nitratbelastungen. In den öffentlichen Debatten der Politik kommen sie kaum noch vor.

Noch keine Verbesserung im Grundwasser

Wasserverbandstag e.V.
Bremen | Niedersachsen | Sachsen-Anhalt

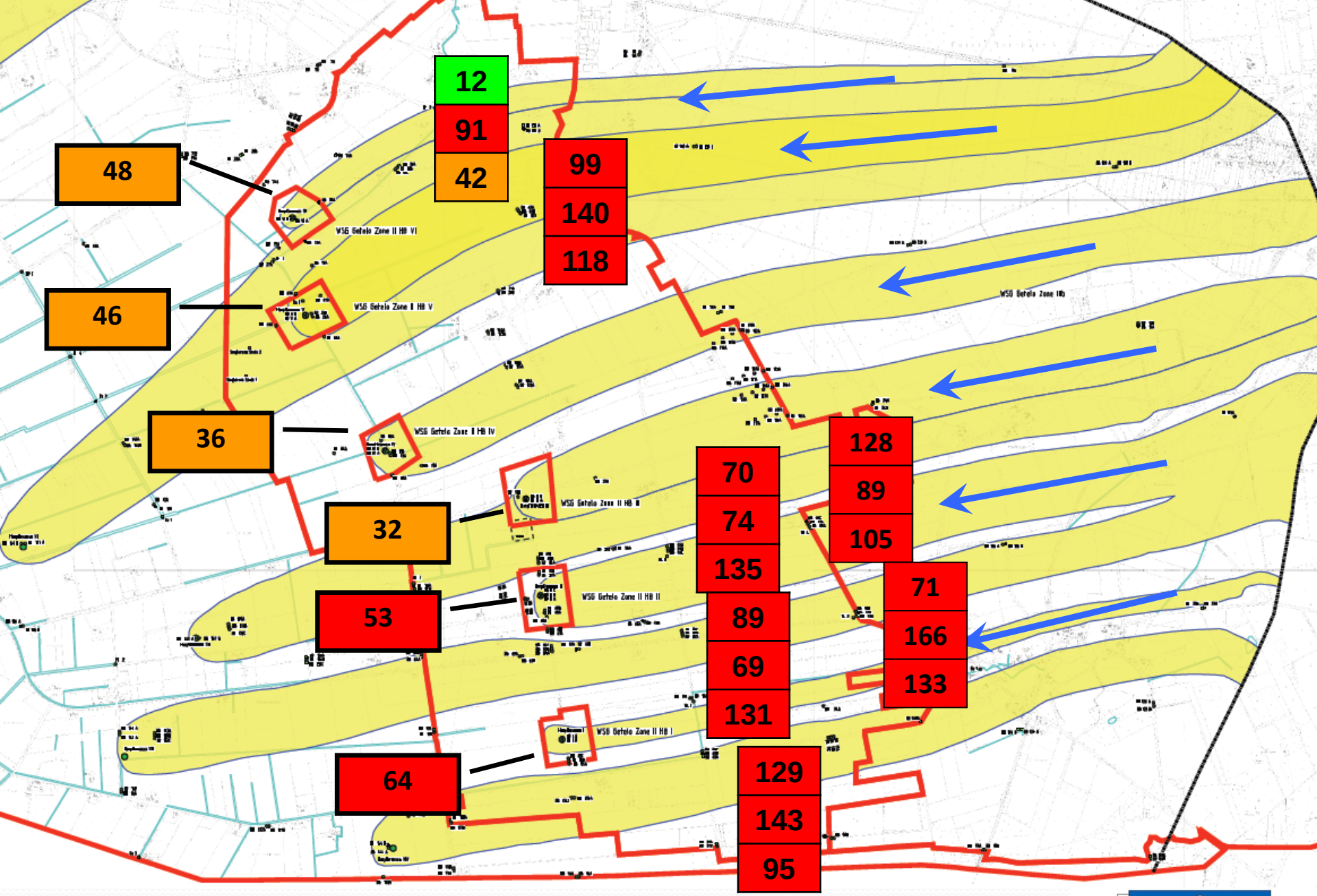
Nicht nur Herausforderung für Niedersachsen

Nitratbelastung des Grundwassers



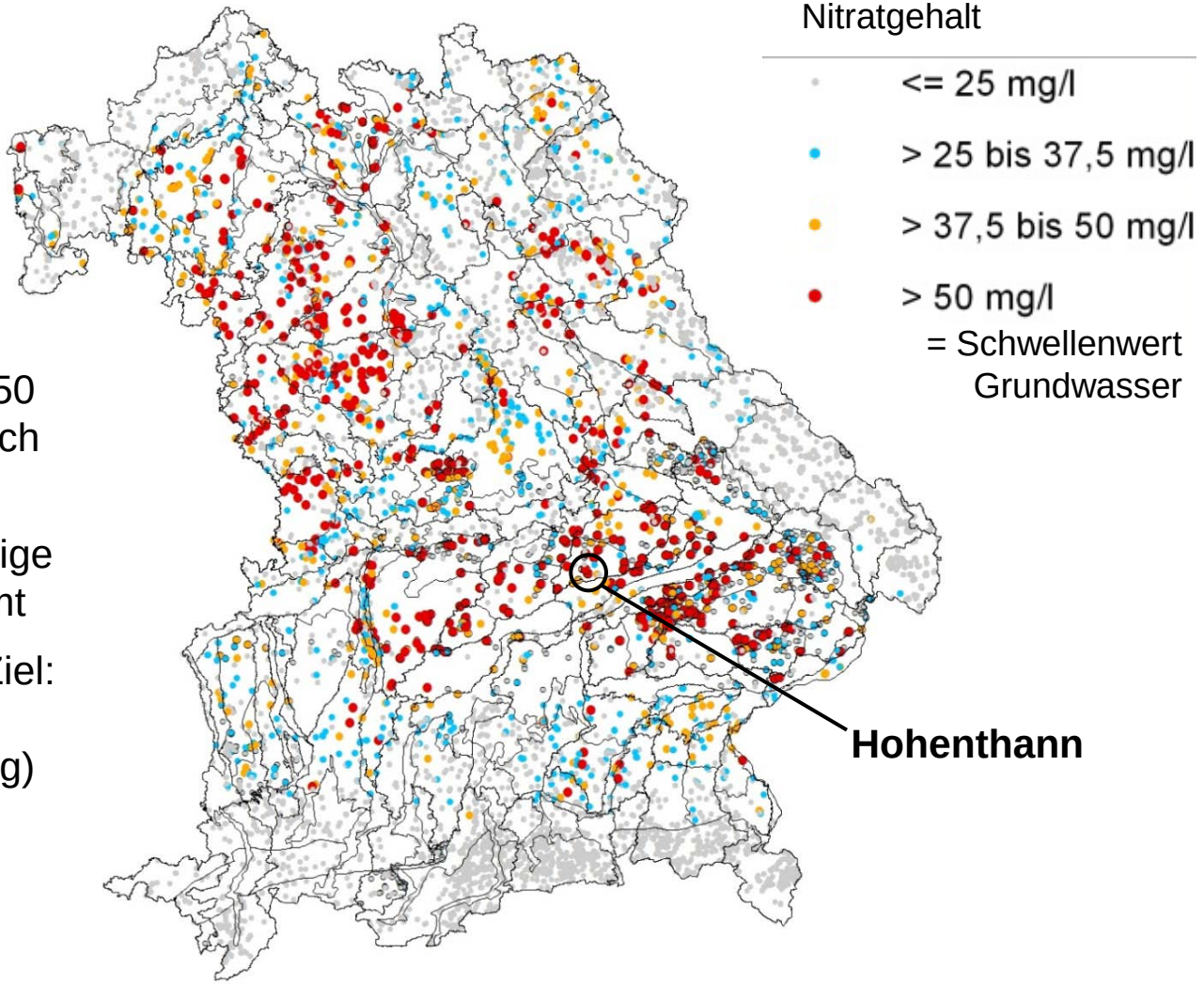
Quelle: http://www.geoportal.de/DE/Geoportal/Karten
Karte Grundwasser

Wasserverbandstag e.V.
Bremen | Niedersachsen | Sachsen-Anhalt


12
91
42
99
140
118
48
46
36
32
53
64
70
74
135
89
69
131
128
89
105
71
166
133
129
143
95
WSG Getelo Zone II HB VI
WSG Getelo Zone II HB V
WSG Getelo Zone II HB IV
WSG Getelo Zone II HB III
WSG Getelo Zone II HB II
WSG Getelo Zone II HB I
WSG Getelo Zone IIb

Nitrat im Grundwasser - Situation in Bayern

- Messungen im Grundwasser, nicht im Trinkwassernetz
- Im Trinkwasser ist der TrinkwV-Grenzwert von 50 mg/l einzuhalten, ggf. nach Mischung, Aufbereitung
- Für Trinkwasser zuständige Behörde: Gesundheitsamt
- Wasserwirtschaftliches Ziel: Aufbereitung vermeiden (Vorsorge oder Sanierung)



Quelle

Auswertung für Bestandsaufnahme 2013 nach Wasserrahmenrichtlinie

Medianwerte aus Zeitraum: 2007-2012 (2000-2006)

© LfU / Dr. Peter Fritsch und Hubert Weidner / 10.04.2014

Ziele

Wasserverbandstag e.V.
Bremen | Niedersachsen | Sachsen-Anhalt

- **Trinkwasserbrunnen unter 50 mg/l**
- **Negativen Trend umkehren in betroffenen Regionen**
- **Positiven Trend erhalten/verbessern**
- **Massiver Verdrängungswettbewerb des Mineraldüngers durch Wirtschaftsdünger, ca. 70.000 t ca. 70 Mio. Euro**

Ziele

Wasserverbandstag e.V.
Bremen | Niedersachsen | Sachsen-Anhalt

Ministerpräsident Weil auf der Mitgliederversammlung des Wasserverbandstag e.V. am 20.11.2013

- Nitratbelastung ernst nehmen
- Gesellschaftliche Akzeptanz der Landwirtschaft muss erhalten bleiben
- Transparenz unterstützt dies
- Nährstoffströme müssen erfasst werden
- Erhöhung der Stickstoffeffizienz

Instrumente

Wasserverbandstag e.V.
Bremen | Niedersachsen | Sachsen-Anhalt

- Transparenzinitiative und Freiwilligkeitsprinzip des Landvolks wird unterstützt

  Das Leitbild des Niedersächsischen Landvolks

  „Das Landvolk steht für ...

  » eine moderne, effiziente und umweltschonende Landwirtschaft, welche alle drei Aspekte der Nachhaltigkeit – Ökologie, Ökonomie und soziale Standards – gleichermaßen berücksichtigt.“

Instrumente

Wasserverbandstag e.V.
Bremen | Niedersachsen | Sachsen-Anhalt

- Meldung aller Nährstoffe insbesondere
  - Wirtschaftsdünger
  - Gärreste
  - Mineraldünger
- Auch Gewerbebetriebe
- Ziel: Nachvollziehbare Nährstoffströme

Instrumente

Wasserverbandstag e.V.
Bremen | Niedersachsen | Sachsen-Anhalt

Aber

- Teilweises Scheitern der freiwilligen Vereinbarungen
- Vollständige Erfassung der Nährstoffströme ohne Ordnungsrecht nicht denkbar

Wasserverbandstag e.V.
Bremen | Niedersachsen | Sachsen-Anhalt

§ 3 Düngeverordnung DüV
Grundsätze für die Anwendung

(1)

...

Die Düngebedarfsermittlung muss so erfolgen, dass ein Gleichgewicht zwischen dem voraussichtlichen Nährstoffbedarf und der Nährstoffversorgung gewährleistet ist.

...

Ordnungsrechtlicher Rahmen

Wasserverbandstag e.V.
Bremen | Niedersachsen | Sachsen-Anhalt

Insbesondere durch

Novelle Düngeverordnung

- 170 kg für alles
- Reduktion betrieblicher Überschuss von 60 auf 20 kg N/ha und Jahr
- Lagerraum
- Sperrfristen
- Dokumentation
- Meldung Nährstoffvergleiche
- Anrechenbarkeit?
  - Stall- und Lagerverluste
  - Weitere Abschläge?
- Verstöße sind strafbewehrt

Wasserverbandstag e.V.
Bremen | Niedersachsen | Sachsen-Anhalt

Novelle Düngegesetz

- Klärung des Datenschutzes
- Zugriff der Düngebehörde auf Tierdaten und Flächendaten

Ordnungsrechtlicher Rahmen

Wasserverbandstag e.V.
Bremen | Niedersachsen | Sachsen-Anhalt

Runderlass des Landes Niedersachsen

- In Verbändeanhörung
- Zusammenarbeit zwischen Dünge- und Baubehörde

Vollzug

- Kontrollen durch Dünge- und Baubehörde (z. B. qualifizierter Flächennachweis, CC)

Wasserverbandstag e.V.
Bremen | Niedersachsen | Sachsen-Anhalt

Hintergrund

- Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen Frankreich wegen Verletzung der Nitratrichtlinie

- Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen Deutschland wegen Verletzung der Nitratrichtlinie

Erfolgskontrolle

Wasserverbandstag e.V.
Bremen | Niedersachsen | Sachsen-Anhalt

- Kontrolle Nmin jeweils im Herbst
- Merkbarer Rückgang der eingesetzten Mineral-düngermengen in Niedersachsen
- Ausdehnung des Messnetzes der Wasserversorger
- Erfolgskontrolle in Wasserschutzgebieten
- Ausweisung weiterer Wasserschutzgebiete

Wasserverbandstag e.V.
Bremen | Niedersachsen | Sachsen-Anhalt

- Herausforderung erkannt
- Kooperation mit den Beteiligten
- Gemeinsame Maßnahmenumsetzung

3. Symposium 2016